

Protokoll:

Zu diesem Punkt liegt ein Änderungsantrag der FBG-Fraktion vor. FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke nimmt gemäß § 22 GemO nicht an der Beratung teil und verlässt den Beratungsbereich.

Es liegt ein Änderungsantrag der FBG-Fraktion vor. Dieser ist im Ratsinformationssystem einsehbar. Rm Baum (FBG-Fraktion) trägt zur Begründung des Antrags vor, die Allgemeinheit sei im Verhältnis zur Gesamtheit der Anlieger durch das hohe Aufkommen an Bus- und Lkw-Verkehr sehr stark belastet gewesen, sodass ein 50 prozentiger Anteil in diesem Fall gerechtfertigt wäre. Zudem bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob den Anliegern gleichzeitig mit der Zustellung der Bescheide über die Ausbaubeiträge Vorschläge unterbreitet werden könnten, indem beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Finanzierungsmodelle angeboten würden.

Baudezernent Flöck trägt vor, dass die Verwaltung mit 55 Prozent bis zum Rande ihrer Möglichkeiten gegangen sei. Weiter sei es wichtig darauf zu achten, dass es innerhalb der Stadt nicht zu Diskussionen komme. Außerdem befinde sich die Straße, um welche es sich hier handle in einem Fördergebiet. Das Land würde daher die 5 Prozent, auf die die Stadt dann verzichten würde, an anderer Stelle zum Abzug bringen.

Frau Lipinski-Naumann (Vorsitzende SPD-Fraktion) stellt klar, dass es Wettbewerbsbevorteilung wäre, wenn die Stadt in den Bescheiden die Sparkasse vorschlagen würde. Weiter trägt sie vor, dass es nicht sein könne, dass bei einem Stadtteil durch den Stadtrat die Beiträge gesenkt würden und bei anderen nicht.

Die CDU-Fraktion bittet um eine kurze Beratungspause. Anschließend erklärt sie, die Verwaltungsvorlage mit den 55 Prozent zu unterstützen.